

Flemig, Günter; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger

Article — Digitized Version

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahresmitte 1972

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Flemig, Günter; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger (1972) : Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahresmitte 1972, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 1-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3279>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahresmitte 1972

1. Nur sechs Monate nach den Washingtoner Währungsbeschlüssen ist es erneut zu einer Währungskrise gekommen. Sie trifft die westdeutsche Wirtschaft in einer Phase des Übergangs: Seit der Jahreswende 1971/72 mehren sich die Zeichen, die das Ende des Konjunkturabschwungs anzeigen und die auf einen bevorstehenden Konjunkturaufschwung hindeuten. Die Furcht vor einer Rezession hat inzwischen einer zuversichtlicheren Einschätzung der weiteren konjunkturellen Entwicklung Platz gemacht. In nahezu allen Bereichen nehmen Nachfrage und Produktion wieder zu, der Rückgang im Auslastungsgrad des Produktionspotentials ist zum Stillstand gekommen.

Die Ungewißheit über den künftigen Kurs der Währungspolitik mag zwar, wenn sie länger anhalten sollte, den Aufschwung hinauszögern, sie wird ihn aber nicht aufhalten. Im Hinblick auf die Wiedergewinnung der Geldwertstabilität wäre eine verhaltene Expansion von Nachfrage und Produktion sogar erwünscht: Damit verringerte sich fürs erste die Gefahr, daß der mühsam in Gang gekommene Stabilisierungsprozeß bei Preisen und Löhnen abbricht und in eine neuerliche Preiswelle einmündet.

2. Anders als in früheren Konjunkturzyklen haben diesmal alle Nachfragebereiche dazu beigetragen, den Abschwung zum Stillstand zu bringen und in einen neuen Aufschwung zu überführen:

— Die Belebung der Auslandsnachfrage, zu der es unmittelbar nach den Washingtoner Währungsbeschlüssen gekommen war, hat sich auch in den letzten Monaten fortgesetzt, obwohl die Exporteure nicht nur die aufwertungsbedingte Verteuerung überwälzt, sondern seitdem auch wieder die DM-Preise angehoben haben. Damit gehört die Auslandsnachfrage einmal mehr zu den Schrittmachern eines neuen Konjunkturaufschwungs.

Wenn sich die Exportaussichten wieder gebessert haben, so vor allem wegen der günstigen Konjunktorentwicklung bei unseren wichtigsten Handelspartnern. Außerdem läßt sich daraus schließen, daß die deutschen Exporteure auch nach der DM-Aufwertung von 1971 noch immer eine recht starke Wettbewerbsposition besessen haben, die sich — zumindest bis zur Jahresmitte 1972 — eher noch verbessert hat, da der Preis- und Kostenanstieg im Ausland stärker war als im Inland.

— Die Verbrauchsneigung der privaten Haushalte, die im Herbst 1971 deutlich nachließ, hat sich in den letzten Monaten wieder verstärkt. Der Einzelhandel konnte eine merkliche Zunahme seiner Umsätze verzeichnen, obgleich sich die Einkommensexpansion weiter abschwächte. Zweifellos haben dabei Nachholeffekte im Zusammenhang mit dem Metallarbeiterstreik und die extrem milde Witterung eine Rolle gespielt. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die optimistischere Grundstimmung in der Wirtschaft die Verbraucher wieder ausgabefreudiger macht als bisher.

— Auf dem Baumarkt hat sich das Tempo der Nachfrageexpansion eher noch beschleunigt: Während sich im Wohnungsbau der Anstieg nahezu unvermindert fortsetzte, kam es im öffentlichen Bau, namentlich im Tiefbau, zu einer kräftigen Nachfragebelebung; teils weil der Staat seine konjunkturpolitisch motivierte Zurückhaltung aufgeben hatte, teils freilich auch, weil infolge der günstigen Witterung die Bauunternehmen auf eine rasche Auftragsvergabe drängten. Auch im Wirtschaftsbau wurde die einjährige Stagnation durch einen neuerlichen Nachfrageanstieg abgelöst.

— Mit den wieder optimistischeren Absatzerwartungen ging eine merkliche Verbesserung des Investitionsklimas einher. Der Nachfragerückgang bei den Investitionsgüter-

industrien ist nicht nur zum Stillstand gekommen, die Auftragseingänge sind sogar wieder etwas gestiegen. Man kann annehmen, daß dies keine vorübergehende Erscheinung war. Für diese Vermutung spricht, daß die meisten Unternehmen nur mit geringen Kapazitätsreserven in den neuen Aufschwung hineingehen und die Furcht vor einem weiteren Kostenanstieg zu verstärkten Rationalisierungsanstrengungen zwingt.

3. Unter dem Einfluß der wieder steigenden Nachfrage, aber auch infolge der milden Witterung, die nicht nur die Bauwirtschaft, sondern nahezu alle Bereiche begünstigte, von den Grundstoffindustrien angefangen bis zum Einzelhandel, wurde die Produktion kräftig ausgedehnt. Die Industrieproduktion, die bis zum Jahresende leicht rückläufig war, stieg in den ersten fünf Monaten dieses Jahres (von Streikeinflüssen bereinigt) ungefähr im gleichen Tempo, wie neue Kapazitäten zuwuchsen. Dies deckt sich auch mit den Befragungsergebnissen des Ifo-Instituts, wonach der Auslastungsgrad im April (86 vH) ebenso hoch war wie im Januar 1972.

Da auch in anderen Bereichen die Produktion kräftig expandierte, hat das reale Sozialprodukt erstmals seit dem Frühjahr 1971 (saisonbereinigt) wieder zugenommen; im ersten Halbjahr 1972 dürfte das entsprechende Vorjahresniveau um rund 2 vH übertroffen worden sein.

4. Die Expansion des Sozialprodukts vollzog sich bei praktisch unveränderter Beschäftigtenzahl, die Industrie hat sogar ihren Personalbestand weiter abgebaut — ähnlich wie 1963 und 1967, als die Zahl der Arbeitskräfte sogar bei steigender Auslastung der Sachkapazitäten noch einige Zeit zurückging. Wenn die Beschäftigtenzahl gegenwärtig noch immer schrumpft, so hängt das damit zusammen, daß wieder mehr Überstunden geleistet werden. Überdies mag mancher Unternehmer in der Flaute festgestellt haben, daß das gleiche Produktionsvolumen auch mit weniger Arbeitskräften bewältigt werden kann, so daß man vorerst darauf verzichtet, ausscheidende Arbeitnehmer zu ersetzen.

Da der Arbeitsmarkt auf einen Konjunkturaufschwung erst mit zeitlicher Verzögerung reagiert, ist die Anzahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt) noch immer leicht gestiegen (Juni 1972: 285 000), während die Anzahl der offenen Stellen stagniert. Als erstes Anzeichen einer Tendenzwende kann indes gewertet werden, daß die Kurzarbeit weitgehend abgebaut werden konnte und daß sich der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte wieder beschleunigt hat. Auch will die Industrie, nach ihren Planungen zu urteilen, den Beschäftigtenstand in den Sommermonaten nicht weiter verringern.

5. Mit der Beilegung des Tarifstreits im Bergbau wurde die diesjährige Lohnrunde so gut wie beendet. Sie brachte Lohnabschlüsse, die zwar vor dem Hintergrund der Entwicklung in den Jahren 1969 und 1970 eine deutliche Mäßigung der Gewerkschaften und eine geringere Konzessionsbereitschaft der Unternehmen erkennen lassen, die gleichwohl noch immer nicht als stabilisierungskonform angesehen werden können. Die letzten Verhandlungen haben zudem gezeigt, daß der untere Wendepunkt in der Lohnentwicklung erreicht ist. Die zum Jahresanfang vom öffentlichen Dienst gesetzte Marke (6 vH) wurde in den meisten Fällen übertroffen. In den Abschlüssen vor allem derjenigen Bereiche, die vom Bauboom und der guten Konsumkonjunktur profitieren, deutet sich schon wieder eine Tendenz zu höheren Lohnsteigerungsraten an (Bauwirtschaft: 16 vH, Handel: 10 vH, Textil- und Bekleidungsindustrie: 9 vH).

6. Bei wieder steigender Arbeitsproduktivität sind die Lohnstückkosten seit der Jahreswende 1971/72 nicht mehr gestiegen. Dies hat freilich nicht einmal dazu geführt, die

industriellen Erzeugerpreise zu stabilisieren. Wurden Preissteigerungen bislang mit höheren Kosten, insbesondere mit Lohnerhöhungen, begründet, so wird nun die vielfach wieder günstigere Absatzlage dazu genutzt, die gedrückten Gewinnmargen aufzubessern. Somit hat sich die Preisentwicklung branchenmäßig weiter differenziert: Überall, wo die Nachfrage kräftig expandierte, stiegen auch die Preise weiter an, vor allem bei Konsumgütern und Baustoffen. Bei Investitionsgütern hingegen ist der Preisanstieg nahezu zum Stillstand gekommen.

7. Die deutliche Abschwächung des Preisanstiegs auf der Erzeugerstufe hat den Verbraucher bisher kaum erreicht: Die Verbraucherpreise stiegen zuletzt noch immer mit einer Jahresrate von rund 5 vH und damit kaum weniger stark als im letzten Jahr. Dem Einzelhandel, der zum Jahresbeginn überdurchschnittliche Lohnzugeständnisse gemacht hatte, ist es offenbar nicht nur gelungen, die gestiegenen Personalkosten abzuwälzen, sondern darüber hinaus die Gewinnmargen auszuweiten. So beschleunigte sich der Preisanstieg bei industriellen Verbrauchsgütern sogar noch etwas, obwohl sich auf der Erzeugerstufe eine deutliche Abschwächung zeigte und obwohl sich infolge der vorangegangenen Aufwertung günstigere Einstandspreise bei importierten Waren ergaben.

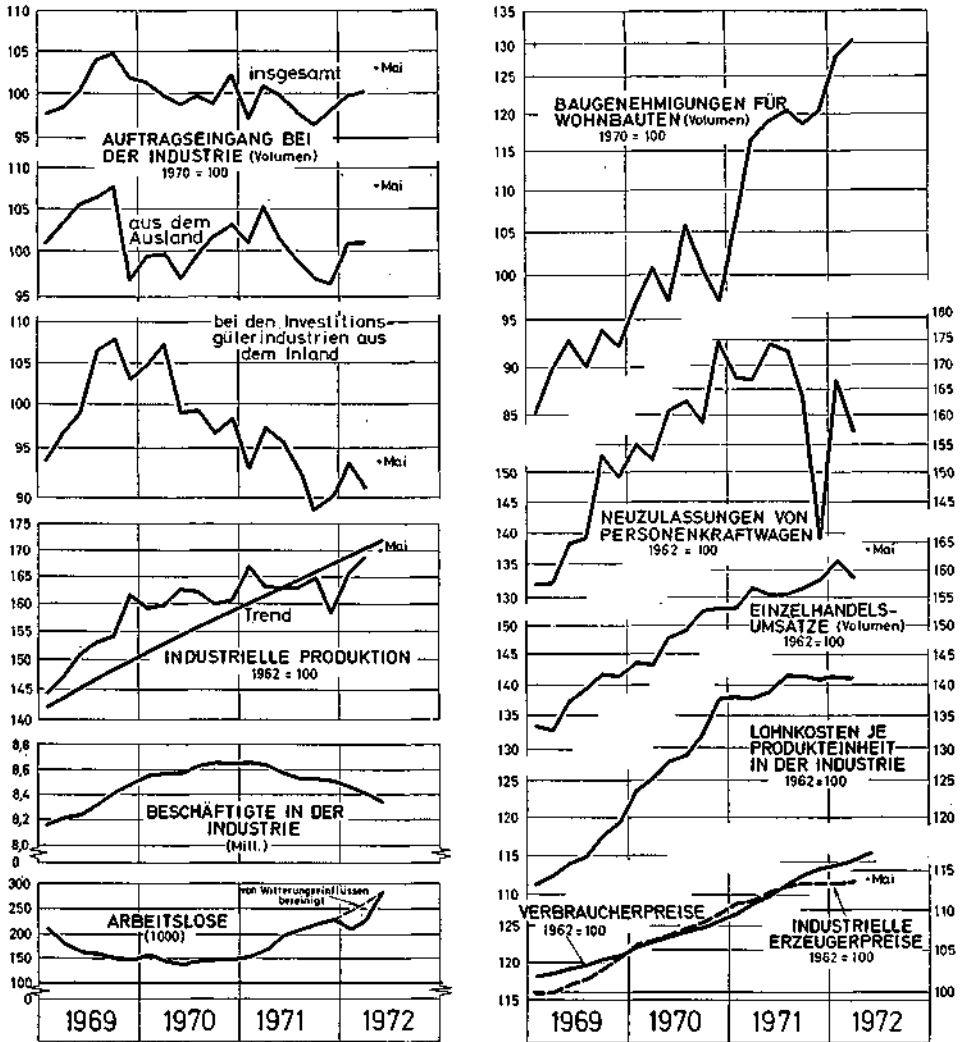
8. Der unerwartet frühe Konjunkturumschwung bei noch immer kräftigem Preisaufrtrieb brachte die wirtschaftspolitischen Instanzen einmal mehr in einen Zielkonflikt: Der Bundesbank, sonst ständig nach einem Kompromiß suchend zwischen den Erfordernissen einer binnenwirtschaftlich orientierten Geldpolitik und dem Zwang zu zahlungsbilanzorientiertem Verhalten, blieb diesmal keine Wahl. Ihre Politik war, wie sie selbst zugeben mußte, im wesentlichen davon bestimmt, »die neue Wechselkursstruktur durch eine zahlungsbilanzorientierte Kreditpolitik zu festigen«. Sie schob damit der Fiskalpolitik die Verantwortung für die Geldwertstabilität zu:

- Mit der schrittweisen Herabsetzung des Diskontsatzes auf 3 vH (1966 nannte man einen solchen Satz »Krisendiskont«) hatte die Bundesbank vor den außenwirtschaftlichen Gegebenheiten faktisch kapituliert. Sie hat damit in Kauf nehmen müssen, daß die monetäre Entwicklung weitgehend ihrer Kontrolle entglitt und daß von ihrer Politik expansive Wirkungen ausgingen, die zumindest in ihrem Ausmaß unerwünscht sein mußten. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stieg die Geldmenge (M_1) mit einer Jahresrate von rund 15 vH nahezu ebenso stark wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, als die Bundesbank noch versuchte, mit einer restriktiv angelegten Politik den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen und dies mit der Herannahme größerer Dollarbeträge bezahlen mußte.
- Ungeachtet der massiven Kritik, die vielfach an den Haushaltsplanungen geübt wurde, haben Bund, Länder und Gemeinden in den ersten Monaten dieses Jahres ihre Ausgaben kräftig ausgeweitet und damit dazu beitragen, die Nachfrage zu stützen. So waren die Kassenausgaben von Bund und Ländern im ersten Quartal (saisonbereinigt und auf Jahresrate hochgerechnet) um rund 20 vH höher als im vierten Quartal 1971, obwohl die Zahlungen für Bauten nur schwach zunahmen und auch die Personalausgaben etwas hinter den Ansätzen zurückblieben. Da gleichzeitig die Steuereinnahmen wieder reichlicher flossen, hat das Defizit und mithin der Kreditbedarf nicht ganz das zunächst erwartete Ausmaß erreicht.

9. Angesichts der labilen währungspolitischen Lage stellt sich die Frage, ob nicht vielleicht der neue Konjunkturaufschwung gefährdet ist; etwa, weil viele Unternehmen, die fest an die Dauerhaftigkeit der Washingtoner Währungsbeschlüsse geglaubt hatten,

Schaubild 1

INDIKATOREN DER KONJUNKTURENTWICKLUNG
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^o



^oZweimonatlich saisonbereinigt.

I.F.W. Kiel

sich nun verunsichert fühlen und dazu neigen könnten, die Zukunft weniger optimistisch einzuschätzen als bisher. Diese Sorge scheint unbegründet: Die Exportaussichten für den weiteren Jahresverlauf werden nicht so sehr von einer Veränderung der Wechselkurse — die den Außenwert der D-Mark ohnedies nur in geringem Maß beeinflussen dürften —, sondern vielmehr von der Konjunkturentwicklung bei unseren wichtigsten Handelspartnern bestimmt. Hier sind aber die Aussichten nicht ungünstig¹.

¹ Vgl. den Beitrag: Zur konjunkturellen und währungspolitischen Lage in den westlichen Industrieländern.

10. Unbegründet ist gegenwärtig aber auch die Befürchtung, die Nachfrageexpansion habe schon wieder ein Tempo erreicht, bei dem binnen kurzem das Produktionspotential überfordert würde. Solche Befürchtungen werden vor allem im Zusammenhang mit der Kritik an der Ausgabengebarung der öffentlichen Haushalte laut. Nach den Beschlüssen des Finanzplanungsrates und des Konjunkturrates vom 28. Juni 1972, die neben der im Entwurf des Bundeshaushalts vorgesehenen globalen Minderausgabe weitere Haushaltskürzungen vorsehen, verringert sich aber der expansive Effekt, der 1972 von den öffentlichen Haushalten ausgeht, nicht unwesentlich. Außerdem werden auch die Steuereinnahmen höher ausfallen, als in den Ansätzen vorgesehen war. Es verbleibt, die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags ausgenommen, ein expansiver Effekt von rund 4 Mrd. DM (gemessen am Konzept des konjunkturneutralen Haushalts), was auf das Produktionspotential bezogen nicht einmal einen halben Prozentpunkt ausmacht.

11. Die gegenwärtige konjunkturelle Konstellation läßt für die nächsten Monate eine verhaltene Expansion von Nachfrage und Produktion erwarten. Damit schwenkt die westdeutsche Wirtschaft auf einen Expansionspfad ein, der mit ihren mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten im Einklang steht. Im Hinblick auf eine Verstetigung des Konjunkturverlaufs sollten daher die wirtschaftspolitischen Instanzen zunächst auf weitere Maßnahmen zur Regulierung der Nachfrage verzichten — sowohl in der einen als auch in der anderen Richtung.

Eine solche Verstetigungsstrategie läßt freilich wenig Raum für eine rasche Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität; der gegenwärtige Sockel der Preissteigerungen bliebe vorerst erhalten. Andererseits bietet sie noch am ehesten die Chance, eine Verschärfung des Verteilungskampfes und damit einen erneuten Inflationsschub zu vermeiden. Voraussetzung für das Gelingen dieser Strategie wäre allerdings eine wirksame außenwirtschaftliche Absicherung. Bundesregierung und Bundesbank sollten den Zwang zum Handeln, den ihnen die Währungskrise auferlegt, dazu nutzen, um gegenüber Frankreich auf eine dauerhafte marktwirtschaftliche Lösung des Wechselkursproblems zu drängen. Ein gemeinsames Floaten der EWG-Währungen gegenüber dem Dollar käme den Stabilisierungsbemühungen der Bundesrepublik zwar entgegen, beseitigte jedoch nicht das Inflationsproblem innerhalb der Gemeinschaft. Dazu wäre — wenn währungspolitische Alleingänge künftig ausgeschlossen sein sollen — eine Koordinierung der Konjunkturpolitik erforderlich, die sich nicht nur auf Absichtserklärungen beschränkt.

G. Flemig, K.-D. Schmidt, R. Soltwedel

DIE LAGE DER WESTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT ZUR JAHRESMITTE 1973

Von

Günter Flemig, Klaus-Dieter Schmidt und Rüdiger Softwedel

1. Mit den stabilitätspolitischen Beschlüssen vom 9. Mai wurden die Rahmenbedingungen für den Konjunkturablauf in der Bundesrepublik Deutschland geändert. Während sich die Verantwortlichen lange Zeit mit halbherzigen Aktionen begnügten, scheinen sie nunmehr ernsthaft gewillt, die vielzitierte Tendenzwende in der Preisentwicklung notfalls auch mit »harten Maßnahmen« zu erzwingen. Es wird dabei selbst ein Rückgang der Beschäftigung nicht mehr ausgeschlossen, wenn nicht alle Beteiligten die Folgerungen aus den neugesetzten Daten ziehen. Noch wenige Wochen zuvor hatte die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Gemeinschaftsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute den Gedanken an »riskante Aktionen« weit von sich gewiesen; sie teilte nicht einmal die Skepsis der Institute hinsichtlich der Wirksamkeit ihrer bisherigen Maßnahmen. Offenbar bedurfte es erst einer tiefen Beunruhigung der Bevölkerung nach der starken Erhöhung der Teuerungsrate, um Widerstände innerhalb der Regierung zu beseitigen und die konjunkturpolitische Handlungsfähigkeit herzustellen. Dabei hätte man sich schon seit geraumer Zeit darüber im klaren sein müssen, daß ohne eine durchgreifende und schmerzhafteste Stabilisierungspolitik keine begründete Hoffnung bestand, das Tempo des Preisanstiegs in diesem Konjunkturzyklus zu halten, geschweige denn zu drosseln¹.

Alarmierender Preisanstieg

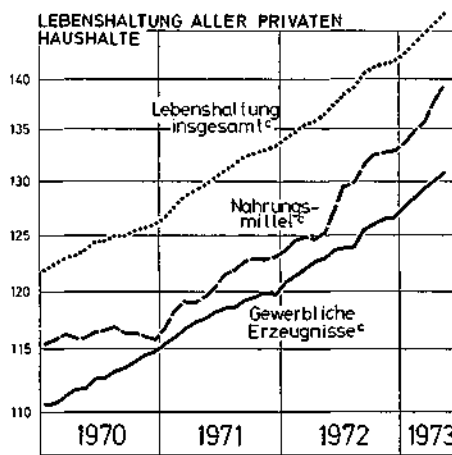
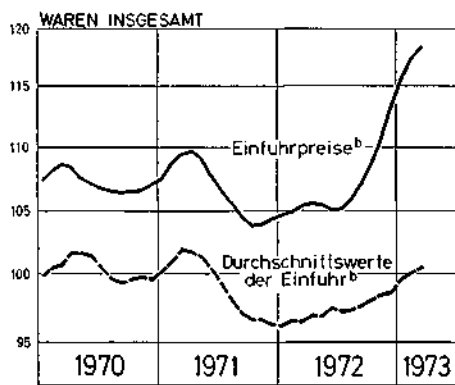
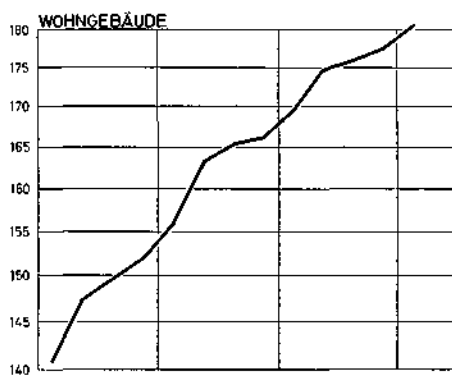
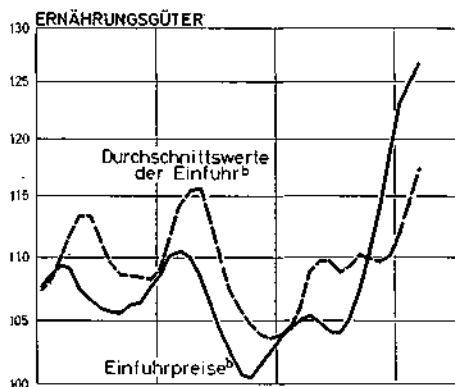
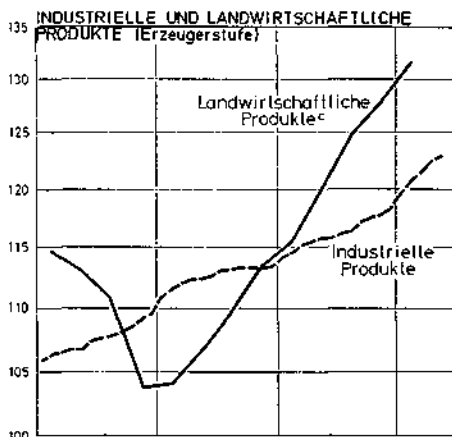
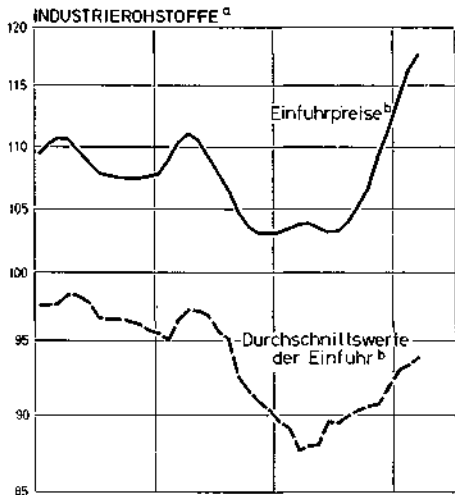
2. Auf der Verbraucherstufe stiegen die Preise seit der Jahreswende 1972/73 nahezu unvermindert mit einer laufenden Jahresrate von rund 8 vH, verglichen mit 6¹/₂ vH im Jahre 1972 (Schaubild 1). Da sich im Frühjahr 1972 der Preisanstieg vorübergehend verlangsamt hatte, erhöhte sich die Vorjahrsrate von 6,9 vH im März auf 7,5 vH im April und 7,8 vH im Mai sprunghaft (Basiseffekt). Bei Haushalten mit unterdurchschnittlichen Einkommen schlug die Verteuerung der Lebenshaltung sogar noch stärker zu Buche: So lag der Preisindex für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt im Mai um 8,3 vH und für den 2-Personen-Haushalt von Rentnern und Fürsorgeempfängern um 9,0 vH höher als im Vorjahr.

3. Wenn sich der Preisindex für die Lebenshaltung in den letzten Monaten stärker erhöhte, als in den meisten Prognosen unterstellt worden war, so lag das weitgehend daran, daß sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise nicht abschwächte, sondern sogar noch beschleunigte. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die Preise für Nahrungsmittel mit einer laufenden Jahresrate von mehr als 10 vH, wobei sich witterungsabhängige Produkte weit stärker als saisonüblich verteuerten.

¹ »Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1972«. (Hrsg. durch die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn.)

Schaubild 1

ZUR PREISENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



^a Rohstoffe und Halbfabrikate nach der Außenhandelsstatistik. - ^b Gleitende 3-Monats-Durchschnitte. - ^c Saisonbereinigt.

I.F.W. Kiel

Die Ursache hierfür ist vor allem in einer witterungsbedingten Verknappung des Angebots an Agrarprodukten zu sehen. So stiegen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise steil an; sie übertrafen zuletzt den Stand von Ende 1970 um 26 vH, nachdem zuvor das deutsche Agrarpreinsniveau auch im Zusammenhang mit der DM-Aufwertung merklich gesunken war. Nicht nur für Fleisch, sondern nun auch vor allem für Obst, Gemüse und Kartoffeln mußte erheblich mehr bezahlt werden als vor einem Jahr. Da sich die Verteuerung auch auf die internationalen Märkte erstreckte — die Einfuhrpreise für Ernährungsgüter waren im ersten Quartal um rund 20 vH höher als im Vorjahr —, fehlte es zudem an billigen Importen, um die Marktpreise zu drücken.

4. In den nächsten Monaten ist, soweit das Tempo des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe von den Preisen für Nahrungsmittel und hier insbesondere von Saisonwaren bestimmt wird, jedoch mit einer merklichen Verringerung der Rate zu rechnen. Die insgesamt günstigen Witterungsverhältnisse der letzten Wochen lassen eine gute Ernte erwarten, die bei Obst und Gemüse zu einem Rückgang der Preise unter den Stand des Jahres 1972 führen dürfte. Bei tierischen Erzeugnissen scheint hingegen keine durchgreifende Preiswende in Sicht, da die Preise für Futtermittel noch immer steigen.

5. Wenn auch bei den Nahrungsmittelpreisen schon bald mit einer gewissen Entlastung für den Verbraucher gerechnet werden kann, bei den konjunktur reagiblen Preisen hingegen, also insbesondere bei den Preisen gewerblicher Produkte, sind die Aussichten weniger günstig. Auf der Produzentenstufe steigen die Preise seit Jahresbeginn verstärkt. In den meisten Branchen sind die Kapazitäten voll ausgelastet und die Auftragsbücher gefüllt, so daß Preiserhöhungen kaum auf Widerstand stoßen, zumal die Konkurrenz im In- und Ausland lieber mit Preiserhöhungen nachziehen als in Preiswettbewerb treten dürfte. Industrieerzeugnisse waren im Mai, verglichen mit dem Stand vor einem Jahr, um 6,2 vH teurer; allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres zogen die Preise um fast 4 vH an. Dabei verteuerten sich Investitionsgüter, deren Preise 1972 nur wenig gestiegen waren, etwas stärker als Verbrauchsgüter.

6. Je kräftiger der Preisauftrieb auf der Produzentenstufe ausfällt und je länger er anhält, desto mehr verstärkt sich erfahrungsgemäß der Preisdruck auf der Verbraucherstufe. Anders als in der Aufschwungsphase des vorangegangenen Zyklus, als der scharfe Wettbewerb es dem Einzelhandel lange Zeit unmöglich machte, die gestiegenen Einstandspreise weiterzugeben, hat diesmal die neuerliche Preiswelle den Verbraucher schon erreicht. Bei gewerblichen Gütern kam es in den letzten Monaten zu Verteuerungen in einem bisher nicht bekannten Ausmaß: Schon 1972 waren hier die Preise (ohne Berücksichtigung der Tabaksteuererhöhung) mit einer Jahresrate von etwa $4\frac{1}{2}$ vH gestiegen; seit der Jahreswende ist diese Rate auf 8 vH hinaufgeschnellt. Besonders kräftige Preisanhebungen gab es wiederum bei Bekleidung und Schuhen, deren Rohstoffe sich stark verteuert haben. Preissenkungen, wie sie früher selbst in der Hochkonjunktur der Markt hier und da erzwang, wurden so gut wie gar nicht mehr gemeldet. Auch bei Brennstoffen, vor allem bei leichtem Heizöl, kam es entgegen der Saisontendenz und trotz des hohen Niveaus bislang noch zu keiner Reduktion der Preise.

7. Der Preisschub bei Industriewaren ging mit einer Preishausse auf den internationalen Rohstoffmärkten einher, überwiegend wohl als Folge des weltweiten Konjunkturaufschwungs und — damit verbunden — der Neigung zur Lageraufstockung. Unter den importierten Industrierohstoffen, die sich (gemessen an den DM-Einfuhrpreisen) in den letzten zwölf Monaten im Durchschnitt um 15 vH verteuerten, erreichten die Preissteige-

rungen bei Wolle (150 vH) und bei Häuten und Fellen (65 vH) ein spektakuläres Ausmaß. Von der effektiven Aufwertung der D-Mark in den ersten vier Monaten dieses Jahres (5 bis 6 vH) dürfte nur eine leichte Dämpfung des Preisanstiegs ausgegangen sein, da die rohstoffexportierenden Länder zunehmend versuchen, Verluste aus einer Dollarabwertung durch höhere Preise zu kompensieren.

8. Die teilweise spektakulären Preissteigerungen für einige Rohstoffe dienen allerdings auch als Alibi, um Preiserhöhungen zu rechtfertigen. Denn bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu beachten, daß es sich um Preise in neuabgeschlossenen Verträgen handelt; die unmittelbaren und direkten Wirkungen auf das inländische Preisniveau sind geringer, als es darin zum Ausdruck kommt. Dies vor allem deshalb, weil

- stark verteuerte Güter zum Teil nicht oder nur in relativ geringen Mengen gekauft oder durch billigere Güter substituiert werden, ihr Anteil an der Einfuhr sich also verringert, und
- häufig langfristige Lieferkontrakte zu niedrigeren Preisen bestehen oder die aktuellen Lieferungen noch zu niedrigeren Preisen abgewickelt werden.

Tatsächlich läßt sich beobachten, daß die Steigerungsraten bei den Durchschnittswerten der Einfuhr bislang erheblich geringer waren als bei den Kontraktpreisen. So verteuerten sich im ersten Quartal 1973 gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum die eingeführten Industrierohstoffe nur um 5 vH, verglichen mit $12\frac{1}{2}$ vH, wie dies der Index der Einfuhrpreise anzeigt (Schaubild 1). Je länger aber das hohe Niveau der Weltmarktpreise bestehen bleibt, was nicht auszuschließen ist, desto mehr und nachdrücklicher als bisher wird es sich auch in den Werten der importierten Waren niederschlagen und damit das inländische Preisniveau beeinflussen.

Gefahr lohnpolitischer Überreaktion

9. Die Welle von Preiserhöhungen, wie sie in den letzten Monaten nahezu alle Bereiche erfaßte, mag schließlich auch darauf zurückzuführen sein, daß sich in diesem Jahr die wichtigsten Tarifabschlüsse auf den Jahresbeginn konzentrierten. Preiserhöhungen wurden auch früher schon meistens im Zusammenhang mit Lohnerhöhungen vorgenommen.

Lagen die Tarifabschlüsse, die um die Jahreswende ausgehandelt worden waren, noch bei rund 9 vH, einem Satz, der zwar nicht stabilisierungskonform war, der aber aus damaliger Sicht zumindest als marktgerecht gelten konnte, so hat sich seitdem die Steigerungsrate mehr und mehr erhöht (vgl. Tabelle 1). Aus Gründen der Tarifoptik hielt man zwar vielfach noch an der magischen Zahl von $8\frac{1}{2}$ vH fest, doch wurden häufig Nebenabsprachen getroffen, die im einzelnen zwar schwer zu quantifizieren sind, die aber die effektiven Abschlüsse in die Nähe der 10 vH-Marke und darüber hinaus gedrückt haben dürften. Vorläufiger Höhepunkt war der Abschluß in der Textil- und Bekleidungsindustrie mit einer Anhebung der Tarifverdienste um durchschnittlich 15 vH.

10. Es konnte von vornherein kein Zweifel bestehen, daß Lohnerhöhungen von durchschnittlich 10 vH trotz des kräftigen Produktivitätszuwachses, wie er regelmäßig im Aufschwung zu verzeichnen ist, das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau weiter erhöhen und daß die Unternehmen dies zum Anlaß für höhere Preisforderungen nehmen würden. Vielfach setzten sie überdies die Preise stärker herauf, als es von der Kostenentwicklung her gerechtfertigt gewesen wäre. Damit bestätigte sich erneut, daß ein Voraneilen der Gewinne eine typische Begleiterscheinung des Aufschwungs ist, die von seiten der Lohnpolitik vermutlich gar nicht verhindert werden kann.

11. Die Lohnabschlüsse vom Jahresbeginn wurden von den starken Preissteigerungen überrollt. Viele Arbeitnehmer müssen heute konstatieren, daß ihnen kaum noch ein realer Einkommenszuwachs bleibt¹. Schon bald nachdem sich der Boom abzuzeichnen begann,

Tabelle 1 — Zur Entwicklung der Tarifverdienste in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1973

Monat ^a	Bereich	Durchschnittlicher Steigerungssatz in vH ^b	Betroffene Arbeitnehmer in 1000
Januar	Metallindustrie	8,9—9,4	3 500
	Öffentlicher Dienst	8,8	3 300
	Eisen- und Stahlindustrie	8,8	300
	Handwerk, versch. Bereiche	9 —12	300
	Holz- und kunststoffverarb. Industrie	8,5—9	170
	Papier und pappeverarb. Industrie	8,8	130
	Landwirtschaft	7,2—10	120
	Schuhindustrie	8,5	80
Februar	Metallindustrie, Bayern	9,0	600
	Einzelhandel, NRW, Hessen	9,6—12	510
	Groß- und Außenhandel, NRW	11,3—12,3	200
	Großhandel, Bayern	8,5	120
	VW-Werk	9,0	115
Handwerk, versch. Bereiche	8 —12,5	80	
März	Einzelhandel, Baden-Württ., Nieders., Hambg.	10 —13,4	460
	Banken	11,1	290
	Sägeindustrie, Rheinld.-Pfalz, Hambg., Baden-W.	8,8—10	50
	Feinkeram. Industrie, Bayern	9,6	35
Handwerk, versch. Bereiche	10 —14	30	
April	Chemische Industrie, NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz	9,9—10,8	400
	Druckindustrie	11,2	220
	Privates Versicherungsgewerbe	9,9—16,3	200
	Handwerk, versch. Bereiche	10	90
	Holzverarb. Industrie, Bayern, Saarland	9 —10	50
Mai	Baugewerbe	9,7	1 500
	Bekleidungsindustrie und versch. Bereiche der Textilindustrie	15	725
	Einzelhandel, Bayern, Schleswig-Holstein	10 —19	240
Juni	Textilindustrie (Rest)	15	100
	Einzelhandel, Rheinland-Pfalz	11,5—16,1	77

^a Monat des Inkrafttretens der Tarifverträge. — ^b Soweit Nebenabsprachen überhaupt quantifiziert werden konnten, sind sie eingerechnet worden.

Quelle: Nach Angaben der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Keine vollständige Aufstellung.

¹ Maßnahmen zur Einkommensumverteilung wie z. B. Erhöhung der Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge stellen in der Regel zwar Realeinkommensminderungen dar, sie sollten indes keinen Kompensationsanspruch begründen, weil sonst die beabsichtigten Umverteilungswirkungen, die gerade von der Mehrheit der Arbeitnehmer gewünscht werden, nicht oder nicht in vollem Umfang eintreten würden.

zeigte sich, daß diese Abschlüsse nun nicht marktgerecht waren: Die Lohndrift verstärkte sich merklich. Eine Reihe von Unternehmen hatte offenbar auch aus den Erfahrungen vom Herbst 1969 gelernt und in betriebsinternen Vereinbarungen »Nachbesserungen« zugestanden. Beispiel eines Inflationsausgleichs sogar für eine ganze Branche war die Übergangszahlung für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie in Höhe von 280 DM — auf zwölf Monate bezogen, entsprach dies einer Lohnerhöhung von rund 2 vH. Neben der Sorge um die Erhaltung des Arbeitsfriedens mag dabei für viele Unternehmen auch die Erwartung ausschlaggebend gewesen sein, daß es gelingen werde, diese zusätzlichen Belastungen in den Preisen abzuwälzen.

Damit gerät freilich die Konjunkturpolitik in ein Dilemma: Eine weitere Beschleunigung des Preisanstiegs aus dem Versuch heraus, die Gewinnmargen zu verteidigen oder gar auszuweiten, müßte die ohnehin nur schwachen Dämme an der Lohnfront brechen lassen. Dann hätten die wirtschaftspolitischen Instanzen nur noch die Wahl, entweder auf die Stabilisierung vollends zu verzichten oder aber die Bremsen weiter anzuziehen — mit einer dann wohl unvermeidlichen Stabilisierungskrise in absehbarer Zukunft.

Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen allerdings auch, daß die Konjunkturpolitik die Tarifpartner überfordert, wenn sie es versäumt, eine Übernachfrage zu verhindern. Solange die Nachfrage über die Produktionsmöglichkeiten hinausschießt, kann man nicht erwarten, daß Unternehmen darauf verzichten, Marktchancen wahrzunehmen und Preise zu erhöhen. Ebenso wenig kann man von den Gewerkschaften erwarten, tarifpolitische Zurückhaltung zu üben, wenn die Unternehmen von sich aus höhere effektive Löhne zahlen.

Unvermindert starker Nachfragesog

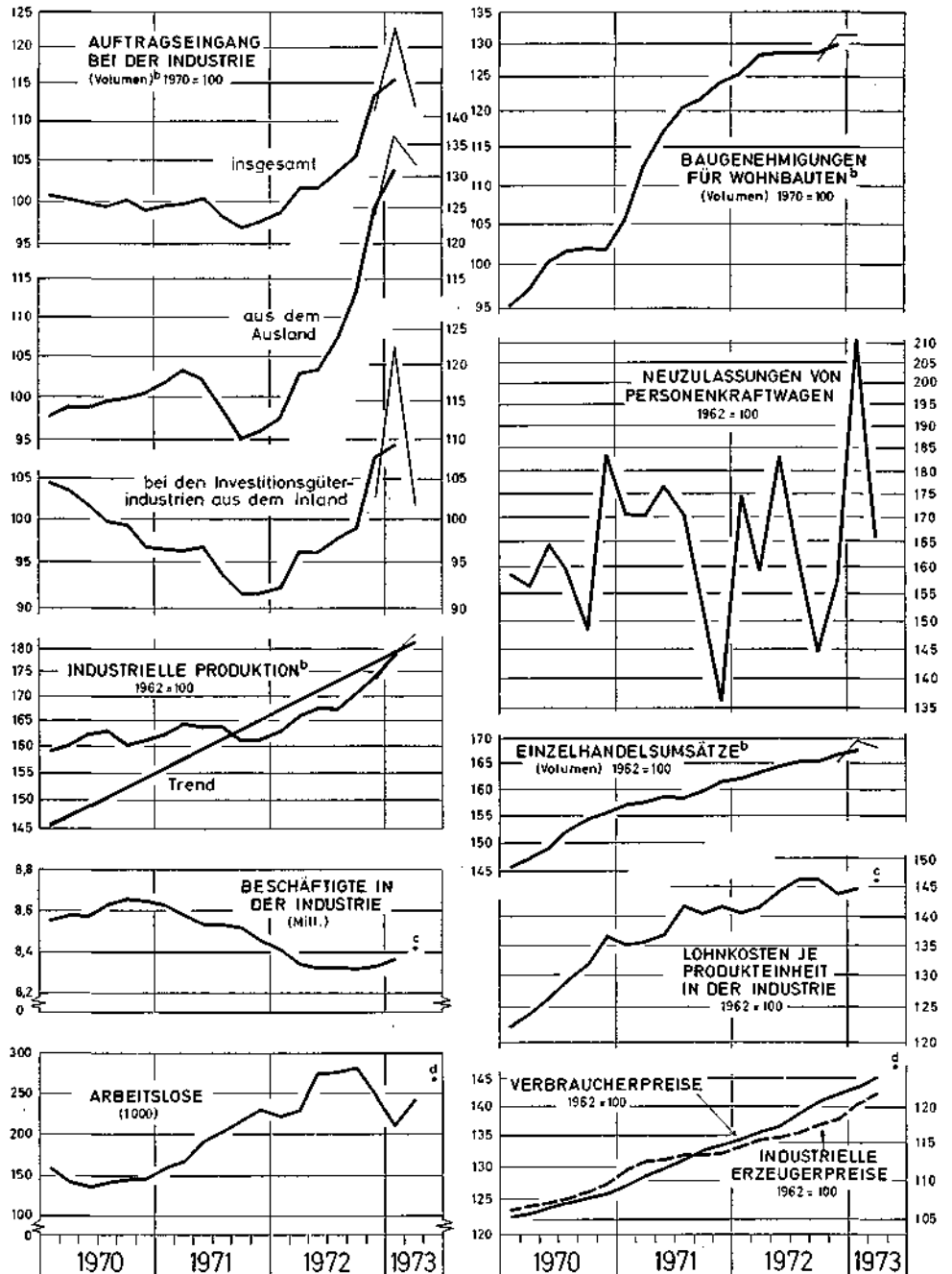
12. Wie stark gegenwärtig die Nachfrage den Angebotsmöglichkeiten vorauseilt, zeigt sich am auffälligsten bei der Industrie (vgl. Schaubild 2). Hier sind die Bestellungen in den letzten Monaten nach dem überaus kräftigen Schub zum Jahresanfang zwar etwas zurückgegangen, dennoch übertrafen sie die Auslieferungen ganz erheblich, so daß sich die Auftragsbestände weiter erhöht haben. Verglichen mit dem Stand vom Jahresende (November/Dezember), konnten die Unternehmen in den ersten vier Monaten dieses Jahres um $7\frac{1}{2}$ vH mehr Aufträge verbuchen; dabei stiegen die Auslandsbestellungen etwa in gleichem Tempo wie die Bestellungen aus dem Inland.

13. Trotz der effektiven Aufwertung der D-Mark hat sich der Anstieg der Auslandsorders bis zuletzt fortgesetzt. In den kommenden Monaten ist hier mit einer weiteren Zunahme zu rechnen, da die Hochkonjunktur bei den meisten unserer Handelspartner anhalten wird; nur in den Vereinigten Staaten sind erste Anzeichen einer Abkühlung erkennbar. Es kommt hinzu, daß in fast allen Ländern der Boom nun von der kräftigen Ausweitung der Investitionen getragen wird, was die deutsche Wirtschaft — angesichts des relativ hohen Anteils von Investitionsgütern im Exportsortiment — begünstigt. So hat die gesteigerte Nachfrage nach Tankschiffen selbst den Werften, die noch vor wenigen Monaten ihr Subventionsbegehren mit dem Hinweis auf die schlechte Auftragslage begründeten, einen plötzlichen Auftragsboom beschert, der ihnen die Auslastung der Kapazitäten auf Jahre hinaus sichert.

14. Auch bei der inländischen Nachfrage hat sich das Gewicht in letzter Zeit von den Verbrauchsausgaben zu den Investitionen verschoben. In den ersten vier Monaten dieses Jahres konnten die Hersteller von Investitionsgütern im Vergleich zu November/Dezember

Schaubild 2

INDIKATOREN DER KONJUNKTURENTWICKLUNG
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND^a



^aZweimonatlich saisonbereinigte Werte. - ^bGleitender Durchschnitt. - ^cZweimonatlich. - ^dMai.

1972 rund 10 vH mehr Aufträge verbuchen, nachdem schon in den Monaten zuvor die Bestellungen merklich zugenommen hatten. Inzwischen hat sich in den meisten Unternehmen der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten so stark erhöht, daß ein rascher Ausbau der Produktionsanlagen geraten erscheint. Zudem drängt der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der sich wieder verstärkt hat, zur Rationalisierung der Produktion.

15. In den Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrien expandiert die Nachfrage gleichfalls stärker als die Produktion. Wenn man ferner berücksichtigt, daß andere Wirtschaftszweige, wie die Bauwirtschaft und der Einzelhandel, ohnehin schon seit längerem auf der Sonnenseite der Konjunktur stehen, so ergibt sich eine konjunkturelle Konstellation, die an die der Jahre 1968/1969 erinnert: Selbst wenn das Stabilisierungsprogramm rasch wirkte und die Nachfrage in den nächsten Monaten nicht mehr stiege, würden die Auftragsbestände noch eine ganze Zeit weiter zunehmen, denn die Produktion läßt sich in vielen Bereichen nur noch in dem Maße steigern, wie neue Kapazitäten entstehen.

Produktionsspielraum bereits weitgehend ausgeschöpft

16. In der Industrie waren die Kapazitäten im April bereits wieder annähernd so hoch ausgelastet wie an der Jahreswende 1968/1969, als sich schon deutliche Zeichen einer Überbeanspruchung bemerkbar machten. Im Gegensatz zu damals betrachten die Unternehmen dies allerdings nur als Normalisierung: Die Anzahl der Firmen, die über Produktionsbehinderungen klagen, ist jedenfalls merklich geringer; das gilt nicht nur in bezug auf die Sachkapazitäten, sondern auch hinsichtlich der Arbeitskräfte. Bei diesem Urteil mag nicht zuletzt die Erinnerung an den vorangegangenen Boom mitspielen, als die Unternehmen erstaunliche Produktionsreserven mobilisieren konnten, wenn auch unter großen Anstrengungen und Kosten.

17. Wenn die Produktion überaus kräftig ausgeweitet werden konnte — in den letzten sechs Monaten schätzungsweise mit einer Jahresrate von 10 vH —, so lag das auch daran, daß wegen des milden Wetters die Fertigung in den witterungsabhängigen Industriezweigen — nun schon im dritten Winter hintereinander — weniger als saisonüblich eingeschränkt zu werden brauchte. Auch in den Bereichen außerhalb der Industrie, namentlich in der Bauwirtschaft, wurde die Produktionsleistung merklich gesteigert. Das Güter- und Dienstleistungsangebot — gemessen am realen Sozialprodukt — dürfte im ersten Halbjahr, überschlägig geschätzt, mit einer Jahresrate von 9 vH gestiegen sein; im üblichen Vorjahresvergleich bedeutet dies eine Zunahme um rund 6 vH.

Stabilisierung nicht ohne Risiken

18. Es liegt auf der Hand, daß es erheblicher Anstrengungen bedarf, den aus den Fugen geratenden Aufschwung unter Kontrolle zu bringen und damit eine weitere Beschleunigung des Preisanstiegs zu verhindern. Angesichts der Tatsache, daß der rechte Zeitpunkt zum Handeln wieder einmal verpaßt wurde, scheint Optimismus wenig angebracht. Dafür spricht die Erfahrung, daß es außerordentlich schwer ist, einen »vorprogrammierten« Boom noch zu zügeln.

19. Eine gewisse Skepsis scheint auch hinsichtlich der Maßnahmen angebracht, die von der Bundesregierung beschlossen und in Aussicht genommen worden sind. Das Stabilisierungsprogramm vom 9. Mai ist — ebenso wie der wesentlich bescheidenere Maßnahmenkatalog vom 17. Februar — Ergebnis eines politischen Kompromisses. Es umfaßt nur binnenwirtschaftliche Maßnahmen, wobei das Gewicht auf der Dämpfung der Investitions-

tätigkeit liegt. Dazu gehört vor allem die Einführung der Investitionssteuer, die Aussetzung der degressiven Abschreibung — auch für Wohnbauten — sowie die Erhebung einer Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer und zur Einkommensteuer für die Bezieher hoher und mittlerer Einkommen. In die gleiche Richtung zielt die restriktive Politik der Bundesbank, als deren Folge es bereits zu einer drastischen Verteuerung der Kredite gekommen ist.

Dagegen werden die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte, auf die knapp die Hälfte der volkswirtschaftlichen Endnachfrage entfällt, nur wenig tangiert, selbst wenn man die Erhöhung der Mineralölsteuer berücksichtigt. Soweit die Ergänzungsabgabe das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte schmälert, trifft sie einen Personenkreis, dessen marginale Konsumneigung relativ niedrig ist und von dem eigentlich nicht erwartet werden kann, daß er seine Verbrauchsausgaben merklich einschränkt.

Ungewiß ist auch, ob und inwieweit die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben, wie im Stabilitätsprogramm vorgesehen, drosseln werden. Nach den jetzt vorliegenden Informationen sind die Haushalte ohnehin expansiver angelegt, als sich noch Anfang des Jahres abzeichnete. Die Art und Weise, wie in der Vergangenheit vor allem die Länder und Gemeinden sich über ihre eigenen stabilitätspolitischen Empfehlungen hinweggesetzt haben, stimmt hier eher pessimistisch.

20. Das Stabilisierungsprogramm deckt in keiner Weise die offene außenwirtschaftliche Flanke. Dabei haben die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, daß binnenwirtschaftliche Maßnahmen allein kein taugliches Mittel für eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik sind; sie verschaffen allenfalls eine Verschnaufpause. Alle Bemühungen wären vergebens, wenn das, was an Nachfrage im Innern zurückgedrängt würde, nur Kapazitäten freimachte, um das Ausland zu beliefern. Zwar hat sich durch das neuerliche Sinken des Dollarkurses und die deutliche Befestigung des DM-Kurses innerhalb des Blocks der effektive Aufwertungssatz für die Mark in den letzten Wochen noch einmal um 5 vH erhöht; damit hat jedoch die Bundesrepublik den ihr von ihren EG-Partnern, insbesondere von Frankreich, zugestandenen Spielraum offensichtlich schon ausgeschöpft¹. Soll vermieden werden, daß die Stabilisierungsmaßnahmen von außen her unterlaufen werden, so muß die Bundesregierung eine weitere Aufwertung der Mark ins Auge fassen.

21. Wechselkurspolitische Maßnahmen würden die Erfolgsaussichten des Stabilisierungsprogramms erhöhen; insbesondere würden sie es der Bundesbank erlauben, den geldpolitischen Kurs durchzuhalten. Ihrer restriktiven Politik ist es inzwischen gelungen, den Zins auf ein Niveau zu heben, bei dem die Investoren die Rentabilität neuer Investitionsprojekte ernsthaft prüfen müssen. Zwar ist der Bremsweg gerade bei monetären Maßnahmen recht lang: Die Unternehmen verfügen wie immer im Aufschwung über reichliche Kassenbestände; überdies haben die starken Dollarzuflüsse der letzten Wochen ihre Liquidität zusätzlich erhöht. Doch mag allein schon die Ungewißheit, ob es später gelingen wird, die Schulden zu konsolidieren, zur Zurückhaltung mahnen.

22. Viel hängt auch davon ab, wie sich die Verbraucherpreise, insbesondere die Preise für Nahrungsmittel in den kommenden Monaten entwickeln werden. Hier ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß sich zumindest im Vorjahresvergleich die Anstiegsrate in den Sommer- und Herbstmonaten etwas verringert (Ziffer 4). Dies wäre dann zwar noch nicht als ein Erfolg, immerhin aber als eine wichtige Voraussetzung für ein Gelingen des Stabilisierungsprogramms zu werten.

¹ Vgl. Die konjunkturelle und währungspolitische Lage der Industrieländer zur Jahresmitte 1973, Ziffer 18.

Dies gäbe jenen Gruppen, die bislang auf den Ausgleich von Inflationsverlusten verzichtet haben, das Gefühl, daß ihr Stabilitätsopfer nicht umsonst war. Insbesondere ließe sich dann vielleicht eine neue Lohnwelle nach der Sommerpause vermeiden, die die Hoffnung auf einen Stabilisierungserfolg in absehbarer Zeit zunichte machen müßte.

23. Ebenso wie auf die einzelnen Maßnahmen kommt es jetzt darauf an, daß die verantwortlichen Instanzen keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen lassen, daß sie es mit der Stabilisierung ernst meinen. Dazu gehört auch die Bereitschaft zu weiteren Maßnahmen, falls sich alle Beteiligten nicht an die neuen Daten anpassen, mit der Folge, daß nachteilige Wirkungen für Absatz und Beschäftigung dann nicht ausbleiben würden. Eine Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise setzt voraus, daß es rasch gelingt, die Erwartungen wieder in Richtung auf eine Verlangsamung des inflatorischen Prozesses statt auf eine Beschleunigung zu lenken.